

Aufbruch und Wandel

Regelwerke für einen *Green New Deal*

Konrad Ott unter Mitarbeit von Anne Klatt (Greifswald)

Die Konzeptionen des Verfassungspatriotismus und der deliberativen Demokratie, denen Verfasser und Unterstützer dieses Textes sich verpflichtet fühlen, fordern zu republikanischen Stellungnahmen auf. Solche Stellungnahmen dürfen auf unterschiedliche Textgattungen zurückgreifen. In politisch bewegten Zeiten ist ein Rückgriff auf das Genre des politischen Manifestes zulässig. Mit historisch bedeutenden Manifesten will sich das vorliegende Manifest nicht messen; es verfolgt bescheidene Ziele im Rahmen einer zivilgesellschaftlichen Debatte im Umfeld von und zur Unterstützung der Partei von *Bündnis'90/Die Grünen*. Es geht von einer Krisendiagnose aus und unterbreitet unter einigen theoretischen Erwägungen Vorschläge für eine Regulierung wirtschaftlicher Aktivitäten. Die Textarbeit erfordert eine Gratwanderung zwischen den konträren Zielen a) der Wahrung theoretischer Qualität,¹ b) einer hohen Akzeptabilität der vertretenen Ansichten und c) der im gewählten Genre zulässigen polemischen „Würzung“ des Textes. Ein solches Manifest ist kein Substitut für politischen Protest. Es ist eher eine Reaktion auf eine unbefriedigende Situation, in der die Öffentlichkeit zu sehr aus der Zuschauerrolle heraus registriert, wie die politischen und ökonomischen Eliten Katastrophenhilfe für das gescheiterte neoliberale Wirtschaftsmodell organisieren, ohne dessen Grundlagen in Frage zu stellen. In dieser Situation sollte das Umfeld der Partei von *Bündnis 90/Die Grünen* der Ort für politische Debatten um neue Wirtschafts- und Lebensformen werden.

1. Katastrophenhilfe ohne Veränderungswillen

Wir alle haben in den letzten Monaten unsere Blicke in die Abgründe der „freien“, d.h. der weitgehend deregulierten (Finanz-)Märkte geworfen. Die Zeiten sind dadurch, *mutatis mutandis*, politisch ebenso spannend geworden wie vor 20 Jahren, als der Staatssozialismus sowjetischer Prägung scheiterte. Wer vor Jahr und Tag gefordert hätte, was nun in kürzester Frist geschehen ist, nämlich große Konjunkturprogramme und die Teilverstaatlichung von Banken, wäre politisch kaum ernst genommen worden. Nun mutierten selbst die sog.

¹ Die auf Seiten der Leser eine gewisse Vertrautheit mit politischer und ökonomischer Terminologie voraussetzt.

Wirtschaftsweisen zu Keynesianern und die Regierung reagiert auf die systemische Krise mit Rettungsaktionen für die Banken und mit Konjunkturprogrammen im Sinne eines (phantasielosen) ad-hoc-Keynesianismus. Den Forderungen nach einer *bad-bank*-Lösung ist die Regierung nachgekommen; das im April 2009 gewählte Modell bürdet die Risiken für toxische Wertpapiere letztlich den zukünftigen Steuerzahlern auf. Das Krisenmanagement erfolgt bislang weitgehend im Geiste des Wirtschaftsliberalismus. Der Sonderfond Finanzmarktstabilisierung (SOFIN) ist ein Produkt, das weitgehend in den Bankzentralen und von privatwirtschaftlich tätigen Anwaltskanzleien entworfen wurde. Die Autorenschaft der Rettungskonzepte liegt insofern teilweise bei den Verursachern der Krise, während die Regierung einige „rote Linien“ definiert, Gemeinwohrrhetorik zum Besten gibt und die für verantwortungslos erklärt, die von der Möglichkeit sozialer Unruhen zu reden wagen. Es ist insofern nicht verwunderlich, dass in Bezug auf die Hilfesuche der Finanzbranche sogleich Taten folgten, während in Bezug auf eine Neuregulierung bisher hauptsächlich Ankündigungen zu vermelden sind.

Ob all die betriebsamen Bewältigungsversuche diesseits und jenseits des Atlantiks die Keime zu einer noch schwereren Krise in sich tragen, lässt sich derzeit nicht mit Bestimmtheit sagen. Wie riskant der Versuch der Zentralbanken ist, in einer ersten Phase eine drohende Deflation zu bekämpfen und in der noch bevorstehenden zweiten Phase die drohende Inflationsgefahr geldpolitisch zu beherrschen, wissen wir nicht.² Mit vergleichsweise größerer Bestimmtheit lassen sich die zukünftigen Haushaltsdefizite prognostizieren, die die Litanei vorprogrammieren, was „wir“ „uns“ demnächst alles nicht mehr werden leisten können. Die Rettungsaktionen bedeuten bislang allerdings keine Stärkung des staatlichen Ordnungsrahmens. Vielmehr riskiert der Staat durch die Hilfen seine eigene finanzpolitische Gestaltungskraft.³ Daher könnte der Neoliberalismus von seiner eigenen Krise noch dadurch profitieren, dass angesichts der Staatsverschuldung Forderungen nach "Bürokratieabbau" eine vordergründige Plausibilität gewinnen.

Moralisch aufgeladene Kommunikation floriert. Die Bürger werden zu Besonnenheit, Verzichtsbereitschaft und Gemeinsinn aufgerufen. Nach den vulgärpsychologischen neoliberalen Warnungen vor „Neiddebatten“ wird nun der christliche Lasterkatalog hervor geholt, und es wird vollmundig vor den Lastern der Habgier und der Maßlosigkeit gewarnt, die da um sich gegriffen haben. Ein hippokratischer Eid für Bankiers oder wenigstens

²Dass die Deflationsbekämpfung in eine inflationäre Tendenz umschlagen könnte, ist schon aufgrund der Anreizstrukturen nicht unwahrscheinlich, weil sich durch Inflation der Wert der Staatsschulden abschmelzen ließe. Dies gilt insbesondere für die USA. Im schlimmsten Fall wird man sagen, der Übergang von Phase 1 (Deflationsbekämpfung) zu Phase 2 (Inflationsbekämpfung) habe leider nicht wie erwartet funktioniert.

³ Sehr hellstichtig hierzu Dieter Rulff, „*Totgesagte leben länger*“, TAZ vom 20 April 2009, S. 10.

„Anstand“ werden gefordert. Bemäkelt werden die Bonuszahlungen, die sich die Finanzwelt auch in Krisenzeiten gewährt (18,4 Mrd. \$ an der Wallstreet Ende 2008). Sogar die gestiegene Spreizung der Gehälter und Vermögen wirkt plötzlich moralisch irritierend. Mit einem derartig flachen Moralisieren gelangt man aber nicht über „unkundige Unzufriedenheit“ (Ernst Bloch) hinaus. An dieser Art von an- und abschwellender Aufgeregtheit haben eher die ein Interesse, die Fragen nach einer umfassenden Neuregulierung des Wirtschaftslebens scheuen. Die tugendethische Semantik, in der die moralische Dimension der Finanz- und Wirtschaftskrise abgewickelt werden soll, geht daher an den Kernen der Problematik vorbei (und ist ähnlich ideologisch wie die Forderungen nach „freiwilliger Kontrolle“ und „individueller Verantwortung“). Diese Art der moralischen Krisenbewältigung wird absehbar folgenlos bleiben und durch „*business as usual*“ ersetzt werden, sobald die Geschäfte wieder besser laufen. Tiefer gehende Debatten werden hierdurch möglicherweise sogar verhindert. Der Aussage von Jürgen Habermas, dass die Politik sich lächerlich macht, wenn sie auf solche Weise moralisiert, statt energisch zu regulieren, stimmen wir zu.⁴ Eine tugendethische Kritik an „Auswüchsen“ ist zudem aus dem Munde all derer unredlich, die an den Grundsätzen der herrschenden Ökonomik nie etwas auszusetzen hatten.

2. Denkformen des Neoliberalismus

Der Neoliberalismus ist eine Denkform und ein Handlungssystem. Die Denkform geht von der individuellen Nutzenmaximierung aus, bevorzugt als Koordinationsprinzip Märkte, möchte rechtliche Regeln auf ein notwendiges Minimum beschränken und nimmt an, dass Marktgeschehen auf Dauer ein Höchstmaß gesamtgesellschaftlicher Wohlfahrt erbringt. Dieser Denkform wohnt eine generalisierende Tendenz inne, da alles menschliche Handeln unter diesem „*approach*“ interpretiert werden kann. Das systemisch ausdifferenzierte Handlungssystem steht unter dem Primat der Zweckrationalität und tendiert dazu, viele Lebensverhältnisse nach kommerziellen Kriterien auszurichten.⁵

Kern der neoliberalen Denkform ist die Mikroökonomik. Deren Axiome definieren die Maximierung des je eigenen Nutzens als „rational“. Daher sollte ein vollständig rationaler Wirtschaftsbürger bestrebt sein, unter Bedingungen von Risiko und innerhalb einer Rechtsordnung seinen Nutzen zu maximieren. Diese Axiomatik bildet menschliches

⁴ Jürgen Habermas, „*Nach dem Bankrott*“, Die ZEIT vom 6. November 2008, S. 53.

⁵ Kurz und präzise hierzu E.-W. Böckenförde, „*Woran der Kapitalismus krankt*“, Süddeutsche Zeitung, 24. April 2009, S. 6.

Verhalten nicht ab, sondern schreibt vor, wie sich maximalrationale Akteure verhalten *sollten*.⁶ Alles, was von diesem Ideal der Rationalität abweicht, ist „*bounded rationality*“, d.h. Schwäche, die die wirklich Schläuen zu ihren Gunsten ausnutzen dürfen. Die ökonomischen Eliten haben mehrheitlich diese Denkform verinnerlicht, teils als echte Überzeugung, teils als zynische Weltsicht.

Für die Vertreter und Nutznießer des herrschenden Wirtschaftssystems ist es gemäß ihrer Auffassung von Rationalität daher „rational“, in guten Jahren Profite zu privatisieren und in schlechten Jahren Verluste der Allgemeinheit aufzubürden. („*private gains, public risks*“). Diese Strategie ist ebenso rational wie „*moral-hazard*“-Verhalten,⁷ wie „*free riding*“ auf Kosten anderer und wie das Abwälzen externer Effekte. Es ist in diesem Sinn rational, Steuerbetrug so komplex zu organisieren, dass eine überforderte Justiz sich auf „*deals*“ bei der Strafmaßzumessung einlassen muss, so dass Regelverstöße wahrscheinlich nur mit Bewährungsstrafen geahndet werden.⁸ Und man soll nicht vergessen, dass für die ökonomische Rationalität die menschliche Sprache nur ein Instrument intelligenter Nutzenmaximierung ist. Daher kann es bei passender Gelegenheit rational sein, zu rufen, dass „wir alle im gleichen Boot sitzen“. Alles in allem lässt sich aus der Finanzkrise soviel lernen, dass habitualisierte Nutzenmaximierer auch in Krisenzeiten ihren Verhaltensmaximen treu bleiben. Viel mehr als *diese* Erwartung in intelligentes strategisches Verhalten von Wirtschaftseliten ist von den Versprechungen des Neoliberalismus nicht übrig geblieben.

Es ist daher im Moment in diesem Sinne rational, möglichst viele Folgekosten der Krise auf staatliche Haushalte, Arbeitnehmer und die natürliche Umwelt abzuwälzen. Eine tiefer gehende Veränderungsbereitschaft sollte man nicht erwarten. Sobald das Ärgste überstanden ist, werden die alten Rezepte des Neoliberalismus neu aufgelegt werden. Sobald der Staat seine Schuldigkeit getan hat, wird man wieder hören, dass er sich auf seine Kernaufgaben beschränken möge, bürokratisch schikanieren und sich aus der Wirtschaft heraus halten solle. In dankenswerter Deutlichkeit hat dies Herr Ministerpräsident Koch angekündigt: „Wie in jeder Katastrophe darf der Staat retten, aufräumen, wiederaufbauen. Dann aber muss er wieder heraus aus den wirtschaftlichen Prozessen und zurück in die Schranken des Regelwerks. (...) In einigen Monaten wird es schon wieder darum gehen, dass der Staat sich

⁶ Siehe hierzu B. Hodgson, „*Economics as Moral Science*“, Berlin: Springer 2001.

⁷ Jemand geht ein Risiko ein in der Hoffnung, dass die anderen ihm im Falle des Fehlschlages „aus der Patsche helfen“ werden, während er im Erfolgsfall den Gewinn für sich behalten kann. Man kalkuliert die Hilfsbereitschaft der anderen also in seine Verhaltensstrategie ein. Je größer ein Unternehmen oder eine Bank ist, umso rationaler ist diese Hoffnung, da andere viele andere mitgerissen würden. „*Too big to fail*“ macht *moral hazard*-Verhalten wahrscheinlicher. Die Konzentrationsprozesse erhöhen die Erpressbarkeit des Staates. Der schleichende Niedergang der Kartellaufsicht war daher für den Neoliberalismus günstig.

⁸ Siehe die rechtspolitische Analyse von Wolfgang Neskovics, „*Wer sich Verbrechen leisten kann*“, TAZ vom 16.2. 2009, S. 12.

zurücknimmt aus Respekt vor den grundlegenden Stärken des Marktes.“⁹ Die rhetorisch geschickte Analogie von Naturkatastrophen und Wirtschaftskrisen beiseite gelassen, fragt sich, ob das Regelwerk, in das der Staat sich respektvoll zurückziehen sollte, das Gleiche sein soll wie vor der Krise. Davon scheint Herr Koch auszugehen. Unser Ansatz bietet hierzu eine Alternative.

Richtig ist, dass entwickelte Volkswirtschaften gestärkt aus derartigen Krisen hervorgehen könnten, wie dies die Bundeskanzlerin zu betonen nicht müde wird. Aber was meint hier „Stärke“? *Die mögliche Stärkung des Gemeinwesens sollte nach dieser Krise nicht mehr nach Maßgabe neoliberalen Denkens konzipiert werden.* Die Krise ist aus unserer Sicht nicht vorüber, wenn sich Exporterfolge wieder einstellen, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wieder wächst und die Kurse am DAX wieder steigen. Eine wirkliche dauerhafte Stärkung muss sich auf eine veränderte normative Verfassung des Wirtschaftslebens beziehen. Es geht um neue Regeln für das Spiel namens Wirtschaften. Neue Regeln können auch die Arten und Weisen transformieren, wie das Spiel gespielt wird, welche Spielertypen (eher) erfolgreich sein werden und welche Karrierewege attraktiv erscheinen.

3. Ursachen der Finanzkrise

Man muss Ursachen identifizieren können, wenn man ernsthafte Therapieansätze unterbreiten möchte. Die Ursachendarlegungen reichen von H.W. Sinns achselzuckender Formel vom „anonymen Systemfehler“, über die Ansicht, das US-Kreditkartenwesen sei die Wurzel allen Übels, über hormonphysiologische Erklärungen männlichen Verhaltens an den Börsen¹⁰ bis hin zu der sicherlich richtigen Teilerklärung, dass die Führungsmacht der kapitalistischen Welt lange Jahre weit über ihre ökonomischen Verhältnisse gelebt und damit hohe ökonomische Ungleichgewichte aufgebaut hat. Sicher ist, dass die faulen *subprime*-Kredite nur Anlass, nicht Ursache der Krise waren.

Folgende Erklärungsansätze scheinen plausibel: Aus marxistischer Perspektive liegt ein Musterbeispiel einer Überakkumulationskrise vor. Eine „lange Welle“ der kapitalistischen Produktionsweise geht ihrem Ende zu, was Überkapazitäten, viele gesättigte Märkte, zu geringe Massenkaufkraft in den Zentren und die Ansammlung hoher Geldvermögen mit sich bringt. In konventioneller ökonomischer Terminologie kann man von der „*global-saving*-

⁹ Roland Koch, „*Versagt hat nicht die Marktwirtschaft*“, FAZ vom 22.10. 2008, S. 8.

¹⁰ The New York Times, articles selected by the Süddeutsche Zeitung, 24 Nov. 2008, S. 1 und 6; „*As Hormones Go, So Go Markets*“.

glut“-Hypothese ausgehen, wie sie Ben Bernanke vertritt.¹¹ Sparvermögen zirkuliert auf der Suche nach lukrativen Renditen um den Globus.¹² Gleichzeitig wurden Gewinnerwartungen auf Kapitaleinsatz geweckt, die üblicherweise nur bei Inkaufnahme hoher Risiken erfüllt werden können. Man erinnere sich der Messzahl von Herrn Ackermann: 25 %.¹³ Diese Erwartungen können mit seriösen oder gar mit ethisch und ökologisch akzeptablen Investitionen nicht erfüllt werden.

Nun galten die USA als „sicherer Hafen“ für Geldanlagen aller Art (Leitwährung, entwickeltes Finanzsystem, hoher Konsumismus, großer Binnenmarkt). Etwa drei Viertel der weltweiten Ersparnisse flossen Anfang des 21. Jahrhunderts in die USA. Durch den Zustrom dieser Geldanlagen und durch die hohen Gewinnerwartungen wurde das US-amerikanische Finanzsystem unter Druck gesetzt, immer neue „innovative“ Finanzprodukte zu generieren. Hierzu musste der Rechtsrahmen gelockert werden. Personen wie Robert Rubin drehten innerhalb der Bush-Administration an den institutionellen Rädern, um diese „innovativen“ Geschäftsmodelle zu ermöglichen. So wurde der Glass Steagall Act¹⁴ aufgehoben, was die Entstehung von „Finanzsupermärkten“ und *Shadowbanking* erlaubte. Andere Länder und Banken stiegen in dieses System der wunderbaren Reichtumsvermehrung ein, darunter deutsche Landesbanken und etliche Kommunen, die sich auf das dubiose „*cross border leasing*“ einließen. Die Geschäfte mit allerlei verbrieften Anleihen, Kreditderivaten und Zertifikaten entwickelten sich zu einer Finanz-Alchemie, deren Details keiner mehr verstehen konnte, besser: sollte und deren Risiken immer unüberschaubarer wurden.¹⁵ Viele Risiken wurden durch die Gründung von Zweckgesellschaften bilanztechnisch verschleiert. Diese Finanzprodukte konzentrierten sich auf relativ wenige Produktgruppen (z.B. Immobilien), was die Bildung spekulativer Blasen beschleunigt. Im Rückblick verschwimmen die Grenzen zwischen dieser Finanzalchemie und betrügerischen Schneeballsystemen.

Die reale Intransparenz des Geschehens wurde von der Doktrin effizienter Märkte gerechtfertigt, die impliziert, dass alle verfügbaren Informationen in Preisen und Kursen enthalten seien. Die Vermischung von idealen Modellmärkten und realen Märkten zählt zur

¹¹ Der Chef der US-Notenbank, der im Moment die USA mit einer Dollarschwemme überflutet und den Leitzins der USA praktisch auf Null gesenkt hat.

¹² Große Sparer dieser Welt waren und sind (aus unterschiedlichen kulturellen und politischen Ursachen) Deutschland, Japan, China, nationale Staatsfonds, private Pensionsfonds und andere Akteure. Insofern ist es trivialerweise richtig, dass jeder, der eine Lebensversicherung besitzt, in dieses System verwickelt ist, was in die politische Botschaft umgemünzt wird, dass letztlich „wir alle“ schuld seien.

¹³ Von dieser Messlatte ist Herr Ackermann nie abgerückt. Die Deutsche Bank meldet Ende April 2009 einen entsprechenden Erfolg.

¹⁴ Der Glass Steagall Act stammt aus den Jahren des historischen „New Deal“. Das Gesetz schrieb eine strikte Trennung zwischen Versicherungen, Geschäftsbanken und Brokerhäusern vor. Treibende Personen für diese Deregulierung waren P. Rubin, A. Greenspan und L. Summers.

¹⁵ „Das Risikoprofil und die Zahlungsmodalitäten der Papiere sind nicht selten in 600 Seiten dicken Verträgen nach amerikanischem Recht geregelt“, so Peter Mauritz, FAZ vom 19.1. 2009=

„Trickkiste“ des Neoliberalismus. Auf idealen Märkten herrscht vollkommene Information aller Marktteilnehmer, aber niemand wird behaupten wollen, dass die Finanzmärkte transparent gewesen seien. Zudem wurde den US-amerikanischen Hausbesitzern die Möglichkeit schmackhaft gemacht, den gestiegenen Buchwert ihrer Häuser für Konsumkredite zu nutzen. Allerlei Berater motivierten die Verbraucher, altbewährte Maximen für den Umgang mit Schulden durch den Glauben an einer ewige Steigerung der Immobilienwerte zu ersetzen. Der Auslöser der Krise schließlich war bekanntlich die Subprime-Krise am Immobilienmarkt. Innerhalb weniger Wochen schossen die Summen „fauler“ Wertpapiere in astronomische Höhen. Die Bankenkrise war da. Die Auswirkungen auf die Realwirtschaft wurden anfangs klein geredet, erweisen sich mittlerweile als schwerwiegend. Für Deutschland wird für 2009 mit einem Rückgang des BIP um 5-6% gerechnet, mit einem Ansteigen der Arbeitslosigkeit auf 4,7 Millionen im Jahre 2010 (Arbeitslosenquote von 10,8%), mit zurückgehenden Steuereinnahmen und extremen Haushaltsdefiziten (mehr als 100 Milliarden Euro bzw. 5,7 % des BIP im nächsten Jahr).

Anfang 2009 sagten nicht wenige Ökonomen, dass (fast) alle Kundigen die schwerwiegenden Ungleichgewichte, die undurchsichtigen Risikoprofile, die Bildung spekulativer Blasen und die Unvermeidbarkeit einer schweren Krise des Finanzsystems längst hatten kommen sehen.¹⁶ Wenn es so gewesen wäre, so wäre es umso schlimmer, da nur von wenigen Ökonomen (wie etwa Paul Krugman) Warnungen vor dem absehbaren Ergebnis dieser Entwicklung zu hören waren. Wer erinnert sich an „*whistle blowing*“ in den Jahren zwischen 2004 und 2008 durch die Wirtschaftsforschungsinstitute? Kritik am globalen Finanzkapitalismus war zwischen 1990 und 2008 fast nur in „linken“ Kreisen beheimatet und wurde als typisches Krisengerede abgetan. Ein dramatisches Platzen spekulativer Blasen haben Marxisten vor Jahresfrist prognostiziert.¹⁷ Die Auffassung, dass sich das kapitalistische Wirtschaftssystem längerfristig durch Konjunkturzyklen und Strukturkrisen, wahrscheinlich sogar durch „lange Wellen“ hindurch reproduziert, gewinnt angesichts der Krise wieder an Plausibilität. Daher verdient auch die Hypothese Aufmerksamkeit, wonach in langfristiger Perspektive das Platzen spekulativer Blasen an den Finanzmärkten das Ende der jeweiligen Führungsmacht der kapitalistischen Welt einläutet.

¹⁶ Paradigmatisch hierfür mag die Aussage von Hendrik Enderlein sein (TAZ 17.11. 2008): „Wir wußten ja alle, dass die Krise kommt“.

¹⁷ Jessop, R. (2007): *What follows Neoliberalism?* In: Westra, R. et al. (Eds.): *Political Economy and Global Capitalism*. London: Anthem Press, pp. 67-88. Gerhard Illing hat bereits am 16. August 2007 einen überaus hellsichtigen Essay publiziert. G. Illing, „*Die Liquiditätskrise sieht in den Vereinigten Staaten düsterer als in Europa aus*“, Süddeutsche Zeitung vom 16. August 2007, S. 19.

4. Die Situation der USA und die Hoffnung auf Obama

Diese Vermutung zwingt dazu, das Wirtschaftssystem zu betrachten, das zumindest in seiner Außendarstellung¹⁸ und realiter im Bereich der Finanzmärkte die neoliberale Variante des Kapitalismus am Reinsten ausgeprägt hat: die USA. Dieses System ist in der Vergangenheit in unzähligen Artikeln und Talkshows zum Vorbild erklärt worden. Die USA galten gemäß der neoliberalen Seelenmassagen als dynamisch, innovativ, risikobereit, fortschrittsorientiert, wir „alten“ Europäer dagegen als konservativ, sozialstaatsfixiert, übertrieben umweltbesorgt und risikoscheu. Es war Teil der neoliberalen Doktrin, das Musterland zu preisen. Es wurde sogar damit gedroht, dass die sog. „Leistungsträger“ in nennenswerter Zahl auswandern könnten, wenn sich die hiesigen Verhältnisse nicht den US-amerikanischen annäherten.

Die US-amerikanische Wirtschaft und Gesellschaft entpuppen sich gegenwärtig jedoch als ein „Scheinriese“ (im Sinne von Michael Endes Roman *„Jim Knopf“*), der umso kleiner, aber dadurch auch menschlicher wird, je näher man ihm kommt. Je analytischer man in die sozialen und ökonomischen Teilsysteme der USA blickt, umso mehr zerstiebt das Bild der Größe. Dies betrifft das Gesundheitswesen, das Sozial- und Rentensystem (bis hin zur Altersversorgung auf Aktienbasis), das Justiz- und Gefängniswesen (mit profitablen Privatgefängnissen und Besserungscamps), überalterten Infrastrukturen, ein mittelmäßige Bildungswesen jenseits des kleinen Vorzeigekreises der Eliteuniversitäten, weite Bereiche des Umweltschutzes und vieles mehr. Exporterfolge erzielen die USA vornehmlich noch mit Gehirnwäsche aus den Traumfabriken der Filmstudios, mit minderwertigen Nahrungsmitteln, allerlei Software und Waffen. Es ergibt sich das Bild einer mit Philanthropie garnierten Bereicherung der Oberschicht, eines teils bizarren, teils lächerlichen Konsumismus, einer Vernachlässigung öffentlicher Infrastrukturen, geringer Sparquoten, gigantischer Außenhandelsdefizite (731 Mrd. \$ 2007), einer veralteten Produktpalette (Automobilsektor), eines Billiglohnssektors, steil steigender Arbeitslosigkeit, einer schwachen Währung, einer hohen Inflationsgefahr und einer Marginalisierung ethnischer Minderheiten (wie den First Nations). Es scheint, als ob in der individualistischen Kultur der USA auch die Prozesse der Verarmung als Einzelschicksale interpretiert, erlebt und verarbeitet werden (müssen).

Man kann die vergangenen 20 Jahre in Anlehnung an Mark Twain als ein „*Gilded Age*“ der USA bezeichnen, dessen schillernde Glanzschicht nun vor allen Augen abbröckelt. Die Bilanz der Bush-Regierung ist desaströs. Allerdings wurde unter dieser Regierung der militärisch-

¹⁸ Dass die Außendarstellung nicht der Wirklichkeit entspricht, ist bekannt; das realwirtschaftliche System der USA begünstigte bestimmte „Komplexe“ aus Industrie und Bürokratie (Militär, Medizin/Pharmazie, Raumfahrt, Landwirtschaft usw.). Die USA haben ihre Doktrin des freien Welthandels häufig außer Kraft gesetzt, wenn die eigenen Industrien geschützt werden mussten.

industrielle Komplex gestärkt, vor dessen Macht schon Eisenhower in seiner berühmten Abschiedsrede gewarnt hatte. Die letzte Versuchung des Hegemons könnte darin bestehen, seine schwindende ökonomische Macht militärisch-geopolitisch aufrecht zu erhalten.¹⁹

Vielleicht ist eine Analogie zwischen B. Obama und M. Gorbatschow sinnvoll, wonach nun Obama die geschichtliche Aufgabe zugefallen ist, die letzte verbliebene Hegemonialmacht abzurüsten, im Innern grundlegend zu reformieren und in eine neue völkerrechtliche Ordnung zu integrieren. Die Details der insgesamt beeindruckenden Politik der neuen US-Regierung wollen wir nicht kommentieren. Es wäre allerdings verfrüht oder verfehlt, diese Ansätze dahingehend zu bejubeln, dass die USA im Sauseschritt „ergrünen“.²⁰ Die begrüßenswerten Ansätze der neuen Regierung sind eher als Versuche zu interpretieren, die umwelt- und sozialpolitische Durststrecke zu beenden und die Rückständigkeiten gegenüber der EU zu verringern. Als regulatorisches Vorbild kommen die USA nicht mehr in Betracht²¹, von „leadership“ kann noch längst keine Rede sein. Die neue Administration, die Medien und auch einige Universitäten orientieren sich im Moment bezeichnenderweise an den Erfolgsgeschichten der „kontinentalen“ Varianten des Kapitalismus, die ein gewisses Ausmaß von sozialer Absicherung, gerechtere Zugänge zu Rechts-, Gesundheits-, und Bildungssystem, betriebliche Mitbestimmung, Umwelt- und Naturschutz erreicht bzw. nicht aufgegeben haben. Unter der Hegemonie des neoliberalen Diskurses waren Umwelt- und Sozialpolitik auch in der EU permanent in der Defensive; gerade die Erfolge bei der Verteidigung vergleichsweise anspruchsvoller Standards erweisen sich angesichts der derzeitigen Krise als deutliche Vorzüge der „kontinentalen“ Variante des Kapitalismus.

Das „Modell EU“ ist auf unterschiedlichen politischen Ebenen weiter reformierungsfähig. Der Reformwille ist durch die Schwierigkeiten der EU-Osterweiterung und dem Eigensinn der jungen osteuropäischen Demokratien zwar geschwächt, aber keineswegs beseitigt. Einzelne Staaten, darunter Deutschland, könnten trotz der vielfältigen Schwierigkeiten der erweiterten EU (unabhängig von der Debatte über „Vertiefung“ und „Erweiterung“) hierbei eine neue Vorreiterrolle einnehmen. Reformen in den erfolgreichen Varianten des Kapitalismus in Verbindung mit einem „Green New Deal“ in den USA könnten in den kommenden Jahren

¹⁹ Eric Hobsbawm „*Werkstatt der Welt*“, Le Monde diplomatique, November 2008, S. 3.

²⁰ Die Widerstände gegen eine veränderte Klimapolitik sind unübersehbar. McCain sagte Ende April 2009 deutlich, in wirtschaftlichen Notsituationen sei kein Raum für Klimapolitik. Warren Buffett vergleicht die Krise mit der Situation des Kriegseintritts der USA 1941 und meint: "Als Franklin Roosevelt den Kongress versammelt hat, um über den Kriegseintritt abzustimmen, hat er auch nicht gesagt, hier sind zehn meiner Lieblingsprojekte, die ich jetzt gern umsetzen würde", zitiert nach Heike Buchter, "Obamas neue Wirtschaftsordnung" in: ZEIT vom 30. April 2009, S. 30. Die Repräsentanten des Finanzkapitalismus scheuen somit nicht einmal Kriegs-Analogien, um implizit zu fordern, dass zunächst ihnen geholfen werden muss, bevor an Gesundheits-, Bildungs- und Umweltpolitik zu denken ist.

²¹ Von den Menschenrechtsverletzungen und den Folterpraktiken in Guantánamo und AbuGraib soll hier nicht die Rede sein.

einen neuen Zyklus einleiten, der auf eine umwelttechnische Effizienzrevolution, eine Ökologisierung der gesamten Landnutzung, einer Veränderung der Lebensstile und eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums abzielen.

5. Staatsphilosophie und die Realitäten des Lobbyismus

Zur Begründung der nachfolgend unterbreiteten Vorschläge zur Regulierung des Wirtschaftslebens möchten wir an ein „klassisches“ Argument erinnern, dass G.F.W. Hegel zu Beginn der Epoche der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft formuliert hat.²² Da sich, so Hegel, in der bürgerlichen Gesellschaft die ökonomische Sphäre, in der die Einzelnen ihren ökonomischen Interessen nachgehen dürfen, aus den alten Ordnungen von Feudalismus und Zunftwesen emanzipiert, müssen staatliche Ordnungen aus sich selbst heraus etwas aufbieten, was den Gefahren dieser Freisetzungen begegnen kann. Moralische Appelle sind hierzu nicht wirksam genug; der Staat verfügt allerdings über die Form des Rechts.²³ Die Wirklichkeit der politischen Vernunft, die private Nutzenkalküle übersteigt, kann und muss in der Form des Rechts, d.h. von Regelwerken, Programmen und einer effektiven Administration erfolgen.

Das Argument zugunsten der Notwendigkeit einer Regulierung des Wirtschaftslebens beruht auf der nüchternen Annahme, dass, je reiner sich das Prinzip des Eigennutzes innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ausprägt, Institutionen benötigt werden, um Belange von allgemeinem Interesse durchzusetzen. Das Verhältnis zwischen der Tätigkeit der Wirtschaftsbürger und der Regulierung des Wirtschaftslebens ist demnach eine Beziehung des „je mehr, um so mehr“. Je durchdringender das Prinzip des Eigennutzes in der bürgerlichen Wirtschaftsgesellschaft wird, umso unverzichtbarer werden Leistungen staatlicher Regulierung und Administration. Das Komplexitätsniveau der Regulierungspraxis darf dabei nicht hinter dem Komplexitätsniveau der Auswirkungen ökonomischer Aktivitäten zurückbleiben. Dies legitimiert auch das Vorsorgeprinzip.

Die rechtliche Rahmenordnung schränkt die Verhaltensspielräume der Wirtschaftsbürger auf demokratisch legitime Weise ein. In den ökonomischen Theorien der Demokratie wird nun allerdings von der Identität der Wirtschafts- und der Staatsbürger ausgegangen, so dass es in diesen Theorien die eigennutzorientierten Wirtschaftsbürger sind, die sich über staatliche Regulierungen zu verständigen suchen. Es verwundert unter *diesem* Theoriedesign nicht, dass

²² G.W.F. Hegel: „Grundlinien der Philosophie des Rechts“, 1821 bzw. Frankfurt: Suhrkamp 1976, insb. § 181-256.

²³ Dies gilt *mutatis mutandis* für die moderne repräsentative Demokratie ebenso wie für den preußischen Staat, wie er Hegel vor Auge stand.

sich als Ergebnis immer eine liberalistische Staatsphilosophie ergibt, die den Staat auf seine „Kernaufgaben“ beschränkt. Der Neoliberalismus favorisiert damit Verhältnisse, in der mit Ressourcen gut ausgestattete Industrien einer personell ausgedünnten und mit schwachen Kompetenzen ausgestatteten Administration gegenüber stehen.²⁴

In der reinen ökonomischen Modellwelt taucht das Recht als Restriktionsfunktion auf. In der Realität der Wirtschaftspolitik bündeln Wirtschaftsbürger ihre gemeinsamen Interessen zu Verbänden und Lobbys und versuchen an den Peripherien des politischen Systems den rechtlichen Rahmen zu ihren Gunsten zu modifizieren. Die Erfolge dieser professionellen Bemühungen um Einflussnahme, die möglichst unterhalb der Wahrnehmungsschwellen der Öffentlichkeit getätigt werden, sind in Chemikalienpolitik, Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Medienpolitik, Agrarpolitik, Verkehrspolitik usw. zu registrieren. Darin liegt eine Gefahr für die parlamentarische Demokratie insofern, als viele Details legislativer Verfahren nicht zwischen Zivilgesellschaft und Legislative, sondern zwischen Lobbygruppen und Teilen der Administration in Berlin oder Brüssel verhandelt werden. Die ökonomischen Theorien der Demokratie, die den „schlanken“ Staat fordern, und die prosaischen Realitäten des Lobbyismus ergänzten sich in den vergangenen Jahren trefflich. In dieser Verbindung aus Deregulierungsdiskurs und Lobbyismus sind die Belange, die von längerfristigen kollektivem Interesse sind, allerdings mehr schlecht als recht aufgehoben.²⁵

Unsere Vorschläge gehen von der Differenz zwischen politischem Staats- und privatem Wirtschaftsbürger, d.h. von der Differenz zwischen „citizen“ und „private person“ aus, die die ökonomische Theorie nicht gelten lässt. Wir fragen aus der Perspektive von Staatsbürgerinnen, d.h. als souveräne Autoren der Rechtsordnung, nach Regelwerken, die das Verhaltensspektrum der Wirtschaftsbürger, d.h. der Adressaten der Rechtsordnung, im Lichte sozialer und ökologischer Ziele einschränken sollen. Der theoretische Hintergrund unserer Vorschläge liegt in der Institutionenökonomik, weniger im Marxismus.²⁶ Was wir anbieten, ist daher „nur“ eine Regulierungsperspektive. Dabei können wir allerdings auf die Idee eines radikaldemokratischen Reformismus zurückgreifen, die unter der neoliberalen „Reform“-Rhetorik der vergangenen Jahre begraben wurde.

²⁴ Zu dieser Problematik mit Blick auf die Umweltverwaltungen siehe SRU: *"Umweltverwaltungen unter Reformdruck"*, Berlin: Schmidt-Verlag 2007.

²⁵ In einem klugen Essay hat Martin Hellwig diesen Punkt an der Debatte um die Bankenregulierung, genauer der Eigenkapitalunterlegung verdeutlicht: M. Hellwig, *„Wenn die Interessen verwischen“*, FAZ vom 22. 11. 2008, S. 13.

²⁶ Marx hat als erster Ökonom die Dynamik des Kapitalismus erkannt. Ein systematischer Rückgriff auf den Kernbereich seiner Theorie ist jedoch aufgrund der Probleme der Arbeitswertlehre, der Unstimmigkeiten der Fetischismusproblematik, den Schwächen der Krisen-, Verelendungs- und Revolutionstheorie und nicht zuletzt aufgrund der moral- und demokratietheoretischen Defizite für uns weder philosophisch noch politisch sinnvoll.

6. Multiple Krisen

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist nicht isoliert zu sehen. Sie verbindet sich mit einer Krise des Wachstumsparadigmas, mit einer strukturellen Armuts- und Entwicklungskrise sowie mit einer umfassenden Natur- und Klimakrise. Das neoliberale Projekt hat zwar die ökonomische Globalisierung vorangetrieben und dabei in seinen Zentren ungeheuren Reichtum angehäuft, aber keine der eigentlichen Schicksalsfragen der Menschheit gelöst. In gewisser Weise holen uns daher die „großen“ Themen der 1970er Jahre, *mutatis mutandis*, gegenwärtig wieder ein. Wir sehen absolute Armut im globalen Süden, einen wachsenden „*planet of slums*“ jenseits der postmodernen Glitzerfassaden, neokoloniale Praktiken der Rohstoffherzeugung, Zerstörung und Nivellierung natürlicher Systeme, Raubbau an tropischen Wäldern und Fischbeständen, Intensivierung der Landnutzung zugunsten westlicher Konsumstile, Aneignung fruchtbaren Bodens durch finanzstarke Investoren, drohende strukturelle Nahrungsmittelknappheiten, steigende Anzahl von Umweltflüchtlingen, massive Umweltkosten von Wirtschaftswachstum in den sog. Schwellenländern sowie die Gefahren einer imperialen Geopolitik zur Sicherung der Rohstoffversorgung. Die Syndrome der Krisen greifen zunehmend ineinander.²⁷

Die lächerlich niedrigen Schwellen der Weltbank zur Berechnung extremer Armut (1,24 US \$ Kaufkraftparität im Jahr 1993) können nicht darüber hinweg täuschen, dass absolute Armut global zugenommen hat. Diese monetären Schwellen gaukeln vor, dass in Länder wie Indien die Armut zu verschwinden beginnt.²⁸ In Wirklichkeit lebt fast die Hälfte der Menschheit von 2-3 US \$ täglich und damit immer noch in absoluter Armut. Die Millenniumsziele zur Halbierung des Hungers sind kaum noch zu erreichen, da die Nachfrage nach Biomasse und Fleischprodukten die Ernährungssicherheit der Ärmsten bedroht.²⁹ Die Wirtschaftskrise verschlechtert die Lage derer, die etwa die Hälfte ihres Einkommens für Nahrungsmittel verbrauchen. Mit den Budgets der Hungerhilfen können angesichts steigender Preise immer weniger Nahrungsmittel erworben werden. Die globalen Getreidevorräte sind in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. Das Agrobusiness profitiert von der Vernachlässigung und Entrechtung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und ist weltweit dabei, sich fruchtbares Land anzueignen. Gleichzeitig werden weltweit immer mehr Flächen zur Erzeugung von Biomasse (Palmöl, Mais), Baumwolle und Viehfutter (Soja) belegt. Die Klimabilanz des Biosprits aus Mais und Palmöl ist dabei negativ. Die Sicherstellung der Nahrungsversorgung

²⁷ Zur Krisendiagnose siehe statt vieler James G. Speth, „*Red Sky at Morning*“, Yale UP 2004.

²⁸ Bernard Imhasly, „*Ein reiches Land mit armen Menschen*“, APuZ 22/2008, S. 13-18.

²⁹ Siehe Forschungsreport der Bundesforschungsinstitute: „*Schwerpunkt: Globale Ernährungssicherung*“, 2/2008. Berlin: BMELV

ist unter diesen Bedingungen langfristig nicht gesichert; das Recht auf Nahrungssicherheit ist nicht gewährleistet. Die Lebensbedingungen vieler Kleinbauern und Plantagenarbeiter sind unerträglich. Die Hungerrevolten des Jahres 2007 und die extremen Selbstmordraten indischer Bauern sind kein Zufall.

Hinzugekommen ist gegenüber den 1970er Jahren das globale Problem eines sich dramatisch beschleunigenden Klimawandels, angesichts dessen das auf fossilen Energieträgern beruhende System der globalen Energieerzeugung nicht zukunftsfähig ist. Das letzte Jahrzehnt war für die Klimapolitik ein verlorenes Jahrzehnt; die Blockadesituation zwischen den USA und den großen Schwellenländern ist nach wie vor nicht überwunden. Während die Wissenschaft immer eindringlicher vor den Folgen eines rasanten Klimawandels warnt und die Weltöffentlichkeit die Brisanz der Situation erkannt hat, treten die Klimaverhandlungen fast auf der Stelle. Obwohl sich die technologischen Möglichkeiten verbessert haben und die politischen Instrumente (bspw. Emissionshandel) in der Erprobung sind, scheinen die Aussichten auf ein langfristig angelegtes, globales klimapolitisches Regime bei jedem COP/MOP-Treffen zu schwinden. Während sich der wissenschaftliche und der ethische Konsens in die Dringlichkeit drastischer Emissionsreduktionen festigen, steigen die globalen Emissionen weiter an. Auch in Bezug auf den Klimawandel ist die herrschende Ökonomik Teil des Problems, nicht Teil der Lösung gewesen. Die Berechnungen der maßgeblichen Ökonomen haben die Gefahren des Klimawandels herunter und die Kosten herauf gerechnet, wozu jedes ökonomische Modell Möglichkeiten bietet (Diskontrate, Schadensfunktion, Monetarisierung ökologischer Schäden, Wert eines statistischen Menschenlebens usw.).³⁰ Es ist bezeichnend, dass einige Kreise in den USA, die noch vor Kurzem die anthropogen verursachte Erderwärmung bestritten und die internationale Klimapolitik sabotiert haben, mittlerweile die Option eines (möglicherweise unilateralen) Geo-Engineering als „effiziente Lösung“ des Klimaproblems propagieren.

Immer deutlicher wird auch das Bild eines im Wesentlichen anthropogen verursachten Schwundes biotischer Vielfalt auf den Ebenen der Sorten und Gene, der Populationen und Arten und der Ökosysteme und Landschaftsformen. Die hauptsächlichen Ursachen hierfür liegen in der Intensivierung der Landnutzung.³¹ Die Entwaldung der Tropen schreitet voran. In vielen Regionen sinkt der Grundwasserspiegel. Die ariden und semiariden Gebiete stehen vor hohem Wasserstress. Viele Fischbestände sind übernutzt. Die technisch hochgerüsteten westlichen Fischereiflotten weichen auf afrikanische Gewässer aus. Ungeachtet einiger

³⁰ Der sog. Stern-Report hat hier allerdings alternative Berechnungsmöglichkeiten aufgezeigt.

³¹ Hierzu K. Henrich: „*Biodiversitätsvernichtung*“, Marburg: Metropolis 2004

umweltpolitischer Erfolge in den Industrieländern (Luftreinhaltung, Gewässerschutz, Abfallbeseitigung) kann nicht die Rede davon sein, dass die zentralen ökologischen Probleme gelöst worden seien.

Die Generation der 50jährigen erlebt zurzeit ein eigenartiges „Déjà-vu“ aus Zeiten des eigenen politischen Erwachens. Während sich die alten Taschenbücher der Schriften von H. Marcuse, I. Illich, A. Gorz, L. Mumford, A. Lovins, D. Meadows u. v. a. stofflich aufzulösen beginnen, sind deren Themen geistig wieder aktuell. Es gilt, die Radikalität der Fragestellungen dieses Jahrzehnts neu einzuüben, ohne die vielfältigen Irrungen und Wirrungen der Post-68er zu wiederholen. Zu diesen Fragestellungen zählt auch die Frage nach der Bedeutung von Wirtschaftswachstum für Industriegesellschaften.

7. Zur Notwendigkeit von Wachstumskritik

Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) ist zur Beurteilung der Entwicklung und Stärke einer Volkswirtschaft sowie zur Messung der Lebensqualität der Bevölkerung zunehmend ungeeignet. Es ist bestenfalls eine volkswirtschaftliche Kennziffer unter vielen, die bekanntermaßen mit vielen Buchungsfehlern behaftet ist. Viele Ereignisse, die eher negativ zu bewerten sind (von der Massenkarambolage auf der Autobahn über hohe Scheidungsraten, die Notwendigkeit psychischer Betreuung von Kindern, den defensiven Kosten bis hin zur Kommerzialisierung häuslicher Tätigkeiten), fördern das BIP-Wachstum, während viele positiv zu bewertende Tätigkeiten das BIP-Wachstum eher hemmen. *Das BIP ist nur ein Maß für diejenigen wirtschaftlichen Aktivitäten, die über Märkte abgewickelt werden; es ist kein Maß für Wohlfahrt und kein Maß für Lebensqualität.* Es misst, um ein Wort von Robert Kennedy sinngemäß aufzugreifen, alles außer allem, wofür es sich zu leben lohnt. Es sprechen starke Indizien aus dem Bereich der Glücksforschung für die Hypothese, wonach oberhalb bestimmter Schwellenwerte im pro-Kopf-Einkommen das BIP-Wachstum keinen Zugewinn an Lebensqualität mehr mit sich bringt. In reichen Gesellschaften trägt politische Partizipation mehr zur Lebensqualität bei als steigende Kaufkraft.³² Die Kennziffer des BIP hat als Maß für Wohlstand und als Maßstab für erfolgreiche Politik ausgedient. Man tut dieser Kennziffer daher sogar zu viel Ehre an, wenn man pauschal Nullwachstum fordert. Das deutsche BIP betrug 2.307,2 Mrd. Euro im Jahre 2006. Die Wachstumsraten seit der staatlichen Vereinigung waren bis zur Krise fast durchweg positiv. Die Schrecken eines

³² B. Frey, A. Stutzer, „*Happiness, Economy and Institutions*“, The Economic Journal 110, 2000, pp. 918-938

möglichen Nullwachstums liegen also darin, jedes Jahr mit 2300 Mrd. Euro bei sinkender Bevölkerung auskommen zu müssen.³³ Andere Länder hätten solche Sorgen gern.³⁴

Gleichwohl zielt die Wirtschaftspolitik unbeirrbar darauf ab, möglichst hohe Steigerungsraten des BIP zu erzielen. Nach wie vor gilt es als wesentlichen Indikator für politischen Erfolg, dass „die Wirtschaft wächst“. Richtig ist natürlich, dass im Rahmen des gegenwärtigen Systems Wachstumsverluste unliebsame Konsequenzen mit sich bringen. Die Rechtfertigung der Notwendigkeit ständigen BIP-Wachstums mit der Schaffung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen,³⁵ mit der Erhaltung des sozialen Friedens und mit einem kontinuierlich hohen Steueraufkommen sind allerdings funktionalistisch. Funktionalistische Argumente lassen Debatten über funktionale Äquivalente, d.h. über Alternativen zu, die unter dem Stichpunkt „Zukunft der Arbeit“³⁶ und einer ökologisch-sozialen Steuerreform diskutiert werden sollten. Unsere diesbezüglichen Vorschläge brechen mit der Wirtschaftspolitik der BRD insofern, als unsere Regelwerke das Wirtschaftssystem nicht mehr auf Wachstum programmieren. Der sozialstaatliche Kompromiss der Nachkriegszeit und die gewachsenen ökonomischen Disparitäten müssen insofern „*beyond growth*“ neu verhandelt werden. Dies könnte und sollte ein anderer Diskurs sein als die inszenierte Debatte darüber, welche Opfer der Bevölkerung abverlangt werden müssen, damit „die Wirtschaft wieder wächst“. Es könnte ein Diskurs sein, der gemeinsame Ziele von Umweltverbänden und Gewerkschaften identifiziert.

8. Die Idee eines „Green New Deal“

Gegenwärtig dürfte eine günstige politische Situation für konzeptionelle, strategische und programmatische Debatten über neue Regelwerke sein. Es wäre falsch, ein solches „*window of opportunity*“ zu verschlafen. Die Zivilgesellschaft könnte und sollte momentan der Ort für „*agenda setting*“ sein. Debatten über neue Regelwerke stärken *ipso facto* ein konzeptionelles bzw. programmatisches gegenüber einem personenbezogenen Politikverständnis. *Eine*

³³ Die Arbeitslosigkeit wird längerfristig vor allem aufgrund demographischer Veränderungen sinken (und es ist hier die Erinnerung angebracht, dass Vollbeschäftigung in der historischen Ausnahmesituation erzielt wurde, als buchstäblich ausgeblutete männliche Kriegsjahrgänge, tradierte Geschlechterrollen und eine günstige Konjunktur aufeinander trafen. Dieser Sonderfall wurde zum Normalfall stilisiert. Dies führte dazu, dass auch die Wertvorstellungen und Sekundärtugenden der frühen 1960er Jahre (Fleiß, Disziplin) für vorbildlich erklärt wurden und uns nur ein Tugenddefizit daran hinderte, diese exemplarische Vergangenheit zu wiederholen.

³⁴ Die privaten Vermögen in Deutschland (ohne Immobilien, Schmuck u. dergl.) belaufen sich (trotz gesunkener Aktienkurse) immer noch auf mehr als vier Billionen Euro.

³⁵ Nach dem Syllogismus: 1) Wachstum schafft Arbeit, 2) „sozial ist, was Arbeit schafft“, 3) also ist Wachstum die beste Sozialpolitik.

³⁶ Zur wachstumsinduzierten Reduzierung von Arbeitslosigkeit sind dauerhafte Wachstumsraten von 2,5-3 % nötig.

wirkliche wirtschaftspolitische Reformstrategie wäre ein „Grüner New Deal“. „Green New Deal“ - dies ist zunächst nur ein Schlagwort mit einer speziellen US-amerikanischen Geschichte. Dieses Wort könnte zu einer titelartigen Überschrift für einen *übergreifenden und langfristig angelegten* Regulierungsansatz für entwickelte Volkswirtschaften werden. Es geht hierbei nicht nur um die Regelung von Finanzmärkten und um Investitionspolitik, sondern um eine umfassende Regulierungspraxis für eine Wirtschaftsweise, die in mehreren Hinsichten „gerecht“ ist und ein Augenmerk auf eine nachhaltige Umwelt- und Ressourcenpolitik legt. Diese Idee reicht daher sehr viel weiter als bis hin zu Abschätzungen, wie viele Prozent eines Konjunkturprogramms einen Umweltbezug haben mögen.

Die Orientierungsvokabel „Green New Deal“ ist in aller Munde; was noch fehlt, ist ihre programmatische Untersetzung. Hierzu wollen die folgenden Vorschläge beitragen. Wir setzen dabei nur fort, was im Gefolge kleiner Krisen immer wieder erfolglos angemahnt worden ist: Eine Regulierung des Systems der privatkapitalistisch verfassten Marktwirtschaft nach Maßgabe von Grundsätzen und Zielen, die nicht der Logik von Effizienz und Nutzenmaximierung entstammen. Politik, die in der jetzigen Lage hierzu nicht den Mut findet, wird ihn niemals finden (wollen).

9. Regeln und Regelwerke

Regelwerke sind kein Selbstzweck. Sie beziehen sich letztlich auf den Schutz sowohl der materiellen als auch der immateriellen Bestände einer Gesellschaft. Unter den materiellen Beständen sind insbesondere die kollektiven Güter zu nennen, für deren Schutz eine Marktwirtschaft nur unvollkommen sorgt.³⁷ Die immateriellen Bestände der Gesellschaft umfassen kulturelle und religiöse Traditionen, Anerkennungsverhältnisse, moralische Verhaltenserwartungen, Standards ästhetischen Geschmacks, Sozialisationsmuster sowie nicht zuletzt Strukturen der politischen Öffentlichkeit.

Wir gehen davon aus, dass die Politik hat im Rahmen der Verfassung weite Spielräume hat, das Wirtschaftsleben zu regulieren. Die nachfolgend vorgeschlagenen Regelwerke sollen konsistent, mit unseren moralischen Überzeugungen vereinbar, für alle Bürgerinnen zumutbar und für möglichst viele von ihnen bei gründlichem Nachdenken attraktiv sein. Sie sind mit der Idee einer sozialen Marktwirtschaft kompatibel. In gut diskursethischer Manier verstehen wir

³⁷ Zur Begründung eines Schutzes der Naturkapitalien s. K. Ott, R. Döring, „*Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit*“, Marburg: Metropolis 2008

die nachfolgenden Regelwerke als politische Vorschläge, die es im Lichte der vorhandenen Alternativen (Rückkehr zu einem aufgetakelten Neo-Neo-Liberalismus oder rechtspopulistischer Unfug) kritisch zu prüfen gilt. Wir konzentrieren uns auf die Themenbereiche Umwelt und Wirtschaft. Den weiten Bereich der Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und Rentenpolitik klammern wir aus, obwohl diesbezügliche Regulierungsdebatten ebenfalls dringlich sind. Bezüglich der Umweltdimension orientieren wir uns an Vorschlägen, die sich in den Gutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen (SRU) aus den Jahren 2002-2008 finden lassen.³⁸ An anderen Stellen haben wir uns von der Studie „*Zukunftsfähiges Deutschland II*“ inspirieren lassen.³⁹

Wir können solche Regelwerke vorschlagen, verbindlich setzen kann sie nur der demokratisch legitimierte Gesetzgeber. Derartige Vorschläge zu unterbreiten, impliziert pragmatisch, nach politischen Mehrheiten für ihre Realisierung Ausschau zu halten. Notwendige Bedingung sind entsprechende Wahlergebnisse. Politische Mehrheiten zu „beschaffen“ ist Aufgabe derer, die Politik als Beruf betreiben. Wir wissen, dass viele Regulierungsvorschläge EU-Kompetenzen berühren und daher nationale Gesetzgebungskompetenzen überschreiten. Die Vorschläge laufen daher auf entsprechende EU-Regelungen und politische Initiativen hinaus.

Bereich A: Wirtschaft

Der Neoliberalismus begrüßt eine wachsende Disparität an Einkommen und Vermögen als Marktergebnis. Einkünfte spiegeln in der ökonomischen Theorie den Marktwert von Personen und ihrer Talente wieder. Anreize zur Bereicherung und Angst vor sozialem Abstieg und Armut sind Triebfedern wirtschaftlicher Prosperität. Wir sehen dagegen eine arbeitsteilige Gesellschaft als ein System der Kooperation und des fairen Austausches von Leistungen an und wollen daher die Disparitäten der Einkommen und Vermögen verringern. Unsere Vorschläge sollen insbesondere den Gruppen der „*working poor*“ zugute kommen. Dabei lassen wir uns von dem Gedanken leiten, dass die Partei von Bündnis 90/Die Grünen wie jede politische Partei nicht vor der Gefahr gefeit ist, Klientelpolitik zugunsten der eigenen Wählerschichten zu betreiben. Daher ist es im Sinne eines solidarischen Politikverständnisses, wenn die Partei von Bündnis 90/Die Grünen gezielt einen Akzent auf die Besserstellung von Schichten und Milieus legt, die nicht zur „grünen“ Wählerschaft zählen. Gleichzeitig halten wir

³⁸ Siehe die Gutachten unter www.umweltrat.de, darunter besonders die Sondergutachten zum Naturschutz, dem Meeresschutz, der Verkehrspolitik, dem Biomasseanbau und der Umweltverwaltung.

³⁹ Auf der Instrumentenebene finden sich viele sinnvolle Vorschläge bei Holger Rogall: „*Ökologische Ökonomie*“, Wiesbaden: VS Verlag 2008. Einschlägig ist auch Worldwatch Institute: „*Toward a Transatlantic Green New Deal!*“, 27. März 2009.

die Idee für richtig, den Verbrauch natürlicher Ressourcen stärker zu besteuern und Arbeit steuerlich zu entlasten. Dies wäre der Kern einer ökologischen Steuerreform.

Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens (Bürgergeld) halten wir als Vision für attraktiv. Wir sehen jedoch große Probleme bei der dauerhaften Finanzierung eines solchen Systems, sofern es eine Verbesserung gegenüber der staatlichen Grundsicherung sein sollte. Wir nehmen diese Vision daher nicht als Forderung in unsere Regelwerke auf, sondern begnügen uns mit der Forderung nach einer gründlichen Debatte über die verschiedenen Vorschläge zu ihrer Realisierung. Wir gehen zunächst von der Frage aus, wie die Grundzüge eines Steuersystems beschaffen sein könnte, das auf gerechte Weise ein dauerhaft hohes Steueraufkommen erzielt, ohne die natürliche Umwelt und die menschliche Lebensqualität zu schädigen. Anschließend werden Vorschläge zur Regulierung des Finanzwesens unterbreitet. Die Vorschläge zur Verbraucher-, Industrie-, und Verkehrspolitik markieren Übergänge zum Bereich der Umweltpolitik.

1. Steuersystem

- *Einführung eines zulässigen Höchst Einkommens*: Die Theorie von John Rawls erkennt Ungleichheiten bei der Verteilung der Güter nur dann als legitim an, wenn sie allen, vor allem den Schlechtestgestellten zugute kommen (sog. Differenzprinzip). Das Differenzprinzip erlegt den Einkommen keine absoluten Schranken auf. Jede Spreizung der Einkommen bleibt zulässig. Gerald Cohens Argument⁴⁰ gegen Rawls besagt, dass Personen, die hinter dem Schleier der Unwissenheit das sog. Differenzprinzip gewählt haben, sich vor dem Schleier die Frage gefallen lassen müssen, ob es zutrifft, dass sie nur dann produktiv tätig sind, wenn Einkommen in unbeschränkte Höhen wachsen dürfen. Wenn diese Personen einräumen, dass ihre wirtschaftliche Tätigkeit zwar monetärer Anreize bedarf, aber nicht auf dem Prinzip unbegrenzter Einkünfte beruht, so ergibt dies einen ethischen Grund, für ein zulässiges Höchst Einkommen zu plädieren. Da Einkommen aus Vermögen besteuert werden, handelt es sich um eine indirekte Vermögenssteuer. Jede Bestimmung einer Obergrenze wirkt natürlich „gegriffen“, sie reicht vom 5fachen des durchschnittlichen Arbeitslohnes über das 20fache bis zu moderaten Vorschlägen wie dem 50fachen. Ein bedenkenswerter Vorschlag läuft darauf hinaus, das zulässige Höchst Einkommen an das lebensweltlich vertraute Verhältnis von Monat und Jahr zu knüpfen: Ein Spitzenverdiener soll demnach pro Monat verdienen dürfen, was ein Durchschnittsverdiener pro Jahr verdient.

⁴⁰ G. Cohen „*Gleichheit ohne Gleichgültigkeit*“, Hamburg 2001.

- Bei der Erbschaftssteuer gilt es einen Kompromiss zu finden zwischen widerstreitenden Intuitionen: a) das Recht, legal erworbenes und bereits versteuertes Eigentum auf Nachkommen zu übertragen und b) der Einsicht, dass hierdurch unverdiente Ungleichheiten auf Seiten der Erben entstehen. Daher ist eine moderate Anhebung der Erbschaftssteuer gerechtfertigt. Eine hohe Erbschaftssteuer führt zu Umgehungsversuchen (Schenkungen) und zu falschen Konsumanreizen. Die Frage nach einer gerechten Erbschaftssteuer ist vor allem eine Frage, wie stark die heutigen Steuern die Zufälle der Vergangenheit korrigieren sollen. Nichts hat bspw. die Vermögensentwicklung stärker beeinflusst als die politische Teilung Deutschlands nach 1945. Korrekturen an den Ergebnissen der Vergangenheit sind statthaft, sollten aber maßvoll sein. Eine Abschaffung der Erbschaftsteuer begünstigt auf unverdiente Weise die Nachkommen der Oberschichten der alten BRD. Der Vorschlag, diese „Erbengeneration“ moderat zum Aufbau zukunftsfähiger Infrastrukturen und ökologischer Modernisierung heranzuziehen, sollte selbst im Kreis der direkt Betroffenen zustimmungswürdig sein.
- Das zulässige Höchstekommen und die Erbschaftssteuer machen eine zusätzliche Vermögensbesteuerung unnötig bzw. übertrieben. Legitim und zumutbar ist eine niedrig verzinsten staatliche Zwangsleihe für hohe Geldvermögen (oberhalb 20 Mio. Euro). Dies bedeutet für die Vermögenden nur, dass in ihrem Portfolio ein Posten obligatorisch wird, der hohe Sicherheit bei geringer Verzinsung bietet. Dies sollten die Betroffenen nicht als unbillig ansehen. Ein massiver Eingriff (über Steuern oder Sonderabgaben) in Vermögensbestände ist dagegen kaum zu rechtfertigen. Die Behauptung, existierende Vermögen seien primär durch Finanzspekulationen erwirtschaftet worden, ist unzutreffend. Vermögen wird in aller Regel über Generationen aufgebaut. Vermögen sind außerdem bereits einmal (Einkommen) oder zweimal (Erbschaftssteuer) versteuert worden. Auch werden immer mehr Vermögen in Stiftungen überführt, die durch ihre Förderungen staatliche Haushalte entlasten können. Ein komplementäres Verhältnis von Stiftungswesen und staatlichen Etats könnte einer bloßen Aufstockung staatlicher Budgets in manchen Handlungsbereichen sogar überlegen sein.
- Senkung der Normalarbeitszeit (auf 32 oder 35 Stunden pro Woche), Förderung von Teilzeitarbeit, Jobsharing, Ausbau von Erziehungszeiten, Einrichtung von Arbeitskonten mit der Möglichkeit von Sabbatjahren. Das Ziel sollte steigender Zeitwohlstand in Bezug auf Lebensarbeitszeit sein. Einführung von Mindestlöhnen (ca. 7 Euro pro Stunde). Anrechnung von ehrenamtlichen Tätigkeiten (in gemeinnützigen Vereinen, im betreuten Wohnen, in Hospizen, im Naturschutz usw.), von Erziehungszeiten, der Pflege von

Angehörigen u. ä. auf die Rentenansprüche. Abreize gegen Leiharbeit und Verbot von Scheinselbständigkeit.

- Negative Einkommensteuer für den Niedriglohnsektor, d.h. Aufstockung des Gehalts durch den Staat bei einem Verdienst zwischen 7 und 12 Euro pro Stunde. Dadurch würde ein insgesamt passables Arbeitseinkommen bei geringerer Wochenarbeitszeit garantiert. Im Unterschied zum Bürgergeld bliebe ein Anreiz bestehen, die eigene Existenz durch Erwerbsarbeit zu sichern. Dieser Vorschlag stützt sich auch auf die Intuition, dass bestimmte Arbeiten, deren Erledigung in einer arbeitsteiligen Gesellschaft unerlässlich sind, zu gering entlohnt werden (Krankenpflege, Kinderbetreuung, Reinigung, Verkauf, Bedienung, Wachdienst usw.). Die negative Einkommenssteuer ist eine reale Anerkennung für Personen, die in diesen Bereichen tätig sind, wo unverzichtbare, aber unliebsame Arbeiten verrichtet werden müssen.
- Unterhalb des zulässigen Höchst Einkommens (Steuersatz 100%) und oberhalb der negativen Einkommenssteuer und der Freibeträge für Geringverdiener spricht vieles sogar für eine *flat rate* der Besteuerung der Arbeitseinkommen der breiten Mittelschichten bei gleichzeitiger Streichung der Sonderregelungen, die primär den Selbständigen zugute kommen. Einfachheit und „gefühlte“ Gerechtigkeit könnte die Steuermotivation verbessern. Es ist besser, eine hohe Steuer „moral“ bei niedrigen Sätzen als eine niedrige Steuermoral bei hohen Sätzen zu haben. Steuerberatung hinsichtlich der „Gestaltung“ der Steuerlast würde zum Teil entbehrlich oder ineffizient, da die Kosten der Steuerberatung die Erstattungsbeträge übersteigen würden.
- Gestaffelte MWSt-Sätze auf unterschiedliche Produktgruppen anhand von ökologischen und sozialen Kriterien. Ziel dieser Staffelung ist nicht die Entlastung einzelner Branchen (wie etwa der Vorschlag, den MWSt-Satz für das Gastgewerbe zu senken), sondern eine Sensibilisierung für Konsumstile. Dies ist mit dem Prinzip der Konsumentensouveränität vereinbar.
- 100% Versteigerung von handelbaren CO₂-Emissionslizenzen an Emittenten. Dabei werden die Lizenzen kontinuierlich verknappt mit dem Ziel, den CO₂-Ausstoß bis 2050 um 80% gegenüber 1990 zu reduzieren.⁴¹ Die Kosten der Versteigerung werden von den Emittenten eingepreist. Dadurch verteuern sich Güter und Dienstleistungen je nach CO₂-Ausstoß. Im Gegenzug werden die Erlöse aus der Versteigerung je zur Hälfte an die Bevölkerung und an den (in Entwicklung begriffenen) internationalen Adaptationsfond verteilt. Dadurch werden Geldeinkommen für ressourcensparsame Lebensstile generiert.

⁴¹ Nach dem Modell des „Sky Trust“. Vgl. hierzu J. Haas, P. Barnes, „Die Atmosphäre als Gemeingut“ in: S. Helfrich und H. Böll-Stiftung (Hrsg.): Wem gehört die Welt?, Oekom: München 2009, S. 229-236.

Die Einzahlungen in den Adaptionfonds sind als Wiedergutmachung der Verursacher des Klimawandels an hiervon Betroffene zu verstehen.

- Umstellung der Kfz-Steuer auf die Basis der CO₂-Emissionen.
- Ersetzung der PKW-fixierten Pendlerpauschale durch eine Regelung, die es attraktiv macht, den Arbeitsplatz mit ÖPNV, Fahrrad oder zu Fuß zu erreichen. Keine Regelung, die die ständige Verlängerung der Strecken zwischen Arbeit und Wohnen begünstigt. Förderung von Betriebsrädern und des Kaufes von Monatskarten im ÖPNV.
- Enge Bindung steuerlicher Förderung an soziale und ökologische Ziele. Steuerlich förderungswürdig sind bspw. ethisch-ökologisches Investment (bei strengen Rating-Standards), energetische Modernisierung von Gebäuden, Entsiegelung von Flächen, Tätigkeiten in der Ökosystemrenaturierung usw.
- Steuerliche Abschöpfung der Gewinne, die bei der Umwandlung in Bauland anfallen.
- Abbau aller umweltschädlichen Subventionen.

2. Regulierung der Finanzmärkte⁴²

Ziel muss es sein, den Finanzsektor wieder in eine dienende Rolle gegenüber der Realwirtschaft zu bringen und eine Dominanz der Finanzmärkte über die Realwirtschaft dauerhaft zu verhindern. Steuerflucht bei gleichzeitiger Inanspruchnahme der staatlichen Institutionen und Infrastrukturen ist ein (asoziales) Verhalten, dass unterbunden werden sollte. Diesen Zielen können folgende Regeln dienen:

- Einführung einer Tobin-Steuer und einer Börsenumsatzsteuer
- Alle Finanzinstitute und –produkte werden der gleichen Aufsicht unterstellt
- Strenge Eigenkapitalvorschriften
- Verbot von Geschäften außerhalb der Bilanz
- Verbot des Handels mit nicht börsennotierten Papieren durch Banken
- Verbot von Zweckgesellschaften
- Verbot von Einlagen und Krediten zugunsten von Personen und Instituten, die in „Steuroasen“ registriert sind⁴³

⁴² Zusammengestellt aus Vorschlägen von H. Schmidt, „*Wie entkommen wir der Depressionsfalle*“, Die ZEIT vom 15. Januar 2009, S.19-20, G. Scherhorn, „*Finanzkapital rettet die Banken*“, TAZ vom 2. April 2009, S. 12, T. Jorgerg, „*Was fehlt, ist der politische Wille*“, in Böll-Thema 1/2009: „Green New Deal“, S. 28-29 und einem Diskussionspapier der Attac-AG-Finanzmärkte (Mai 2008).

⁴³ Zu zivilrechtlichen Alternativen zu Schmidts strafrechtlichen Vorschlägen s. Klaus Lüderssen, "Warnung vor neuem Finanzstrafrecht", FAZ vom 19.1.2009. In der Verurteilung der Geschäftspraktiken sind sich Lüderssen

- Zulassungsverfahren für neue Finanzprodukte (Finanz-TÜV)
- Verbot bestimmter Finanzprodukte, die nur der Spekulation dienen (bspw. Leerverkäufe)
- Beschränkung der Größe einzelner Banken zur Verhinderung von „*too big to fail*“
- Begrenzung des Geldschöpfungspotenzials der Banken, Primat der Geldschöpfung bei den Zentralbanken
- Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken
- Beschränkung der Geschäftstätigkeit von Landesbanken, keine Erlaubnis von Eigengeschäften
- Keinerlei steuerliche Begünstigung von Hedgefonds oder Private-Equity-Fonds
- Bedingungen für Kreditvergaben an Hedgefonds
- Vereitelung der Verlagerung von Vermögen in Länder mit Steuerprivilegien
- Banken, die mit Steuergeldern gerettet wurden, müssen sich aus den Steueroasen zurückziehen und dürfen keine Beihilfe zur Steuerflucht leisten.

3. Verbraucherpolitik

Das Bild des rationalen und souveränen Konsumenten ist eine Modellfiktion, die empirisch widerlegt ist. Verbraucher können angesichts von Produktvielfalt, Zeitknappheit, kognitive Überforderung und zunehmender Komplexität (z.B. von Finanzprodukten oder Gesundheitsleistungen) nur sehr bedingt souverän entscheiden. Da es in der Verbraucherpolitik um reales Entscheidungsverhalten von Konsumenten geht, sollten den Erkenntnisse der *Behavioural Economics* genutzt werden, um Marktakteure in Richtung nachhaltigere Konsumententscheidungen zu bewegen. Hier eröffnet sich hier ein Weg der sanften Lenkung, der auf Grundlage eines realistischen Menschenbildes Politikoptionen zwischen Regulierung und reinem Informationsaktionismus bietet.

Verbraucherpolitik setzt auf zwei Ebenen an: Sie kann zum einen den gesellschaftlich-regulatorischen Rahmen beeinflussen, zum anderen die Verbraucher direkt erreichen. Für letzteres eignen sich die Instrumente Verbraucherbildung und -beratung sowie Verbraucherinformation; auf ersteres zielen Regulierung, Verbraucherrecht und die Verbraucherorganisation. Eine klug gestaltete, effektive und effiziente Verbraucherpolitik wirkt gleichermaßen auf Makro- und Mikroebene: Als eine *Politik für den Konsum* ist sie Bestandteil der Wirtschaftspolitik mit dem Ziel, erfolgreiche nachhaltige Markt- und

Wettbewerbsstrukturen zu schaffen. Als eine *Politik für die Konsumenten* verfolgt sie sozialpolitische Ziele (barrierefreier Zugang zu wichtigen Gütern und Diensten; Erhöhung der Partizipationschancen; Schutz von Schwächeren), gesundheitspolitische Ziele (Ernährungskompetenz, Lebensqualität, Salutogenese) und nachhaltigkeitspolitische Ziele (nachhaltiger Konsum).

Damit Konsumenten ihre Verantwortung für ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltigen Konsum übernehmen können, müssen Produkt- und Informationsangebote so gestaltet sein, dass sie von durchschnittlichen Verbrauchern verstanden bzw. gehandhabt werden können. Das Verständlichkeitsgebot gilt auch für alle Arten von regulierter Information, denn nur die Information, die von den Konsumenten verstanden wird, kann auch verhaltenslenkend sein.

Für die staatliche Verbraucherpolitik ist eine wirksame institutionelle Verankerung ihrer Aufgaben – in Form eigener Institutionen (wie BVL und BfR), in Form sinnvoller Delegation von Aufgaben an Verbraucherverbände oder in Form gesetzlicher Verankerung originär verbraucherpolitischer Aufgaben bei bestehenden Institutionen (z.B. eines "FinanzTÜVs" durch die BaFin) – von höchster Bedeutung. Eine vordringliche Aufgabe ist daher, die Wirksamkeit bestehender Institutionen und Regeln im Sinne einer effektiven und effizienten Verbraucherpolitik zu optimieren und neu zu ordnen. Dazu bedarf es keineswegs notwendigerweise *neuer* Institutionen und Bürokratien; sinnvoller werden häufiger Netzwerke anerkannter Akteure.

Im Sinne einer polizyklischen Verbraucherpolitik tragen auch Unternehmen, NGOs, Medien und Bildungsinstitutionen Verantwortung". Häufig kommt der staatlichen Verbraucherpolitik die Aufgabe zu, Politiken und Diskurse anzustoßen, Agendasetting zu treiben und mit "Zuckerbrot und Peitsche" Prozesse zu beschleunigen. Gleichwohl dürfen die Anbieter nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden, denn der entscheidende Hebel zur Veränderung von Konsumstilen sitzt häufig bei den Unternehmen und dem Handel. Anbieter sollen stärker als bisher an der Finanzierung der Folgekosten (Schulder- und Insolvenzberatung ebenso wie Interventionen gegen Übergewicht) beteiligt werden.

Verbraucherkompetenz sollte ähnlich wie Ernährungskompetenz in den Schulen erlernt werden können. Sinnvoll ist auch eine Besteuerung von Werbung, deren Erlöse teilweise dem Verbraucherschutz zugute kommen könnten. Es erscheint nicht unbillig, dass die manipulativ ausgerichtete Werbeindustrie die "Gegenseite" mitfinanziert.

4. Ernährungspolitik

Ziele: Förderung der Umstellung auf ökologischen Landbau, Erhöhung der Transportkosten, Förderung neuer Ernährungsstile („*slow food*“), Ernährungskunde als Schulfach. Die Zielsetzung, den prozentualen Anteil der Haushaltseinkommen kontinuierlich zu senken (auf derzeit ca. 12-5%), ist umzukehren. Moderat höhere Preise für hochwertige, umweltgerecht erzeugte Nahrungsmittel sind legitim. Nahrungsmittelproduktion und -distribution soll sich an folgenden Grundsätzen orientieren:

- regionale Distribution und Saisonalität
- energiesparende Erzeugung, Verarbeitung, Lagerung (Tiefkühlkost) und Verpackung durch Erhöhung der Energiepreise
- deutliche Reduzierung des Fleischverbrauches
- Verhinderung von ernährungsbedingten Gesundheitsschäden
- Einstieg in Praktiken zu partiellen Selbstversorgung in Kooperativen
- Befreiung von Flächen in südlichen Ländern für die dortige Selbstversorgung
- pädagogische Initiativen zur Entwicklung von Nahrungskompetenz.

5. Industriepolitik, Beschaffungswesen, Infrastrukturen

Umweltschonende Produkte und Verfahren sind jenseits der alten nachsorgenden Umwelttechnik fast überall verfügbar. Entscheidend ist ihre rasche Diffusion und Marktdurchdringung. Deutschland sollte eine Führungsrolle bei der Entstehung von Leitmärkten einnehmen, die sich mittel- und längerfristig auch in Exporterfolgen niederschlagen dürfte. Die Etablierung von Leitmärkten ist eine Voraussetzung für rasche globale Diffusion. Regulierte Märkte sind gemäß der sog. Porter-Hypothese langfristig sogar erfolgreicher als deregulierte Märkte. Im Einzelnen:

- Regulierung zugunsten „starker“ Umwelt-Innovationen, d.h. radikaler Innovationen mit hohem Potential zur Marktdurchdringung
- Verbindung von monetärer Tendenzsteuerung mit ordnungsrechtlicher Standardisierung
- Verbindung von Ökodesign-Richtlinie mit Top-Runner-Ansatz
- Ausrichtung des öffentlichen Beschaffungswesens an ökologischen Kriterien
- Überwindung kameralistischen Denkens im öffentlichen Bauen (Lebenszyklus-Bilanz)
- Intensivierte energetische Gebäudesanierung (3-5% des Altbaubestandes pro Jahr)

- Ökologische Modernisierung der Infrastrukturen, staatliche Kontrolle über Schienennetze, Stromnetze, Wasserleitungen usw.
- Sicherung der kommunalen Struktur der Trinkwasserversorgung
- Weiterentwicklung des EEG zur Förderung regenerativer Energien
- Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie bis 2022.

6. Verkehrspolitik

Das hohe Verkehrsaufkommen ist keineswegs mit einer Verbesserung von Mobilitätschancen gleichzusetzen. Ziel sollte es sein, mehr Mobilität für die gesamte Bevölkerung mit weniger Verkehr zu erreichen.⁴⁴ Verkehrspolitik sollte darauf abzielen, die Anzahl der im Verkehr getöteten oder schwer verletzten Personen zu minimieren. Die Verbesserung der Sicherheitsausstattung der Fahrzeuge und verbesserte Notfallintensivmedizin haben in den vergangenen Jahren zu einem erfreulichen Rückgang der Verkehrstoten geführt. Allerdings ist die Anzahl schwer verletzter Personen konstant (zu) hoch geblieben. Die Regelwerke im Verkehrsbereich sollten sich stärker an den Werten und physiologischen Kompetenzen einer alternden Bevölkerung anstatt an dem verfehlten Leitbild des „sportlichen“ Fahrers ausrichten. Das Straßensystem Deutschland ist das zweitlängste der Welt. Ein weiterer Ausbau ist unnötig und bürdet zukünftigen Steuerzahlern hohe Unterhaltungskosten auf. Im Einzelnen erscheint folgendes sinnvoll:

- Erhalt des Straßennetzes statt Neubau von Straßen
- Abschaffung des Konzepts des Bundesverkehrswegeplans zugunsten eines Systems regionaler Verkehrsgestaltung
- Schutz der unzerschnittenen Räume in Ostdeutschland
- Tempolimit auf BAB (130 km/h), innerörtliche Regelgeschwindigkeit von 30 km/h.
- Innerörtlicher Rückbau von Straßen zugunsten von Bürgersteigen und Fahrradwegen
- Strategie zur Senkung der Todesraten auf Landstraßen
- Mautgebühr auf allen BAB für LKW und PKW.
- Schärfere Sanktionen gegen Verkehrsdelikte mit Risiken von Personenschäden
- Abriegelung aller Motoren bei 160 km/h
- Keine Begünstigung von Dienstwagen
- Einführung eines EU-weiten Systems handelbarer Flottenverbrauchslizenzen

⁴⁴ Ausführlich hierzu SRU (2005): „Umwelt und Straßenverkehr“, Sondergutachten. Baden-Baden: Nomos.

- Kerosinsteuer im Flugverkehr auf EU-Ebene
- Einschränkung von Inlandsflügen; keine Subventionierung von Flugverkehr
- Keine Börsengang der Deutschen Bahn
- Reduktion des Stromverbrauchs der Deutschen Bahn statt neuer ICE-Modelle
- Ausbau einer attraktiven Flächenbahn statt Prestigeprojekte
- Keine weitere Umwandlung von Flüssen zu Wasserstraßen.
- Ökologische Hafenpolitik; Sperrung der Häfen für Schiffe mit hohen Luftschadstoffemissionen und Einwand-Tankern

Bereich B: Ökologie/Umwelt/Natur

Ziel ist der Aufbau eines übergreifenden und integrierten Systems der differenzierten, dauerhaft naturgerechten Landnutzung, das die Naturkapitalien der Gesellschaft umfassend und vorsorglich sichert, gezielt in den Aufbau von Naturkapitalien investiert und damit zugleich der Anpassung an den Klimawandel dient. Unterschiedliche Begründungen hierfür finden sich in der Umweltethik bzw. in der Nachhaltigkeitstheorie.⁴⁵ Zielsysteme und Konzepte für diesen Aufbau sind vorhanden.⁴⁶ Hier werden wesentliche Eckpunkte genannt; die spezifische Regulierungspraxis ist Aufgabe einer integrierten Naturpolitik, die die Bereiche der Agrar-, Ernährungs-, Gewässer-, Wald-, Meeres- und Naturschutzpolitik umfasst.

1. Agrarpolitik

- Radikale Umschichtung der Direktzahlungen der 1. Säule in die 2. Säule der GAP, dadurch Aufstockung und Sicherung der Agrarumweltprogramme (AUP), Erhöhung der Anreize zur Teilnahme an AUP und zur Umstellung auf ökologischen Landbau.
- Förderung regionaler Wertschöpfungsketten in der Ernährungsbranche
- Förderung einer extensiven Landwirtschaft auf Grenzertragsstandorten durch Integration von Naturschutz und Produktion
- Schutz des Dauergrünlandes und des Feuchtgrünlandes vor Umwandlung

⁴⁵ Hierzu s. Konrad Ott, Ralf Döring, „*Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit*“, Marburg: Metropolis, 2008.

⁴⁶ Siehe SRU, „*Umweltgutachten 2008: Umweltschutz im Zeichen des Klimawandels*“, Berlin: Erich Schmidt 2008.

- Reduzierung des Transportvolumens im Lebensmittelhandel
- Verringerung der Eutrophierung durch eine Düngemittelabgabe.
- Befristete Zulassungen für Pflanzenschutzmittel, „*phasing out*“ von humanökologisch bedenklichen und umweltbelastenden Mitteln.
- Starke Abreize gegen industrielle Fleischmast: Verbot der prophylaktischen Vergabe von Antibiotika in der Tierhaltung, keine neuen Genehmigungen für Massentierhaltung, deutliche Verbesserung des Tierschutzes bei Haltung, Transport und Schlachtung, Flächenbindung von Großvieheinheiten, Besteuerung von Sojaimporten.
- Förderung der extensiven und naturnahen Weidewirtschaft statt Massentierhaltung in Ställen. Möglichkeit: Methansteuer auf Rindfleisch, das unter bestimmten Bedingungen erzeugt wird, Befreiung ökologischer Weidewirtschaft von dieser Steuer; Förderung der Weideschäfferei
- Verbot der Käfighaltung in der Geflügelzucht
- Sicherung der genetischen Vielfalt der Haus- und Nutzierrassen und -sorten durch Züchtungsprogramme
- Sicherung der dauerhaften Koexistenz zwischen gentechnikfreier und Gentechnik verwendender Landwirtschaft. Schutz gentechnikfreien Saatgutes.

2. Anbau von Biomasse

Die Konkurrenz zwischen den Tanks der Reichen und den Tellern der Armen sowie der Druck auf natürliche Ökosysteme müssen verhindert oder zumindest gemildert werden. Hierzu ist eine Regulierung der Importe von Biomasse unumgänglich. Wenn nämlich der Import von Biokraftstoffen ausgebaut wird, um das EU-Ziel für das Jahr 2010 zu erfüllen (5,75 Prozent Anteil Kraftstoffverbrauch), kann die Anbaufläche in außereuropäischem Territorium, die für die Deckung europäischen Bedarfs benötigt wird, steil ansteigen. Die Erarbeitung eines globalen Zertifizierungssystems und eine Weiterentwicklung von Nachhaltigkeitsstandards auf EU-Ebene sind vordringlich.

Der Einsatz von Biomasse im Kraftstoffsektor ist energetisch ineffizient. Daher sollten die Beimischungsquoten abgeschafft werden. Eine deutliche Reduzierung des Treibstoffkonsums im Verkehrssektor kann auf anderen Wegen erfolgen. Biomasse sollte primär dezentral im Bereich der Strom- und Wärmeenergieerzeugung oder zur Einspeisung in die Gasversorgung genutzt werden. Gefördert werden sollten

- „*low-input-low-output*“-Systeme
- naturnahe Agroforstsysteme (Niederwaldstrukturen)

- Schilfnutzung (Synergien mit dem Moorschutz)
- Verarbeitung von Biomasse im Vertragsnaturschutz
- Kaskadennutzung im Holzbereich.

3. Wald- und Forstpolitik

Waldpolitik ist ein unterschätztes Politikfeld. Die deutsche Waldpolitik steht gegenwärtig vor Richtungsentscheidungen. Die gestiegenen Preise für Holz und die vorhandenen Vorräte führen zur Forderung nach einer „Mobilisierung der Holzressourcen“ durch die entsprechenden Lobbys. Der globale Markt für Holz, Konzentrationsprozesse in der Forst-Holz-Kette, Aufbau von Sägewerkskapazitäten, (Teil)privatisierung staatlicher Forsten, Auflösung der Grenzen zwischen Land- und Forstwirtschaft durch Agroforstsysteme, globale Investitionen in Forste könnten mittelfristig zu einer neoliberalen Forstpolitik führen, die vor allem auf die Förderung der „Wettbewerbsfähigkeit“ der deutschen Holzindustrie und Anreizen für große Investitionen in Waldflächen abzielt. Dies könnte mit einem Abbau der Standards nachhaltiger Waldbewirtschaftung (Verringerung der Umtriebszeiten, temporäre Übernutzung, Kahlschläge, reduzierte Bodenpflege usw.) und mit der Forderung nach Enteignung „ineffizient“ genutzter kleiner Privatwälder einhergehen. Andererseits bringt der Klimawandel neue Risiken für die Wälder mit sich (Brände, Stürme, Schädlinge). Ziel der Waldpolitik muss es daher sein, den ökologischen Umbau der Wälder zu langfristig widerstandsfähigen naturnahen Wäldern energisch voranzutreiben. Ziele sollten sein:

- Keine Anreize für Ankäufe von Waldflächen mit dem Ziel schneller Gewinne
- Standards guter fachlicher Praxis in der Waldbewirtschaftung festlegen
- Honorierung ökologischer Dienstleistungen in der Waldbewirtschaftung durch Aufbau eines Fonds
- Fortsetzung des Waldumbaus zugunsten von Laubwäldern
- Förderung der Umwandlung von Altersklassenwäldern in Plenterwälder
- Erhöhung oder Erhaltung des Totholzanteils in den Wäldern
- Erfüllung aller Waldfunktionen auf der überwiegenden Mehrzahl der Flächen
- Partielle Segregation in Schutzwälder, Freizeitwälder, Plantagenforste ist zulässig
- Ausbau der Waldschutzgebiete (5% der Waldfläche); Reservierung von Flächen für Sukzessionswälder

- Förderung genossenschaftlicher Formen der Waldbewirtschaftung und der FSC-Zertifizierung
- Schutz der Eigentumsform des kleinen und mittleren Privatwaldes
- Deutliche Reduktion der Wildbestände, Verbot der Winterfütterung
- „waldschonende“ Novellierung des Jagdgesetzes
- Schutz der Waldböden durch Verbot bestimmter Holzernteverfahren
- Wiedereinbürgerung großer Karnivore (Luchs, Wolf)
- Sicherung des freien Betretungsrechtes der Wälder
- Aufforstung auf 40% der Landesfläche bis 2100
- Strikte Standardisierung der Holzimporte; Verbot der Einfuhr illegal geschlagenen Holzes
- EU-weite Besteuerung von Zellstoffimporten
- Verpflichtung für die öffentliche Beschaffung, nur FSC-zertifiziertes Holz anzukaufen.

4. Wasserpolitik

- Integriertes Land- und Gewässermanagement zur Sicherung des Feuchtigkeitshaushaltes und der Flusseinzugsgebiete
- Konsequente Umsetzung der WRRL insbesondere durch Renaturierung der Gewässermorphologie
- Aufbau eines Systems von Regenwasserernte und -retention zur Sicherung des Feuchtigkeitshaushaltes der Landschaft
- Integration der Naturschutz- und der Wasserwirtschaft
- Wiedervernässungsstrategien für hierfür geeignete Standorte
- Stärkung der bewährten Struktur kommunaler Wasserversorgung.

5. Bodenschutz

1. Berücksichtigung des Bodenschutzes bei der Formulierung von Grenzwerten für Schadstoffemissionen
2. Erosionsschutz, Schutz vor Bodenverdichtung
 - Erhaltung und, wo sinnvoll, Erhöhung der Humusgehalte der Böden
 - Erhaltung der Kohlenstoffspeicherfähigkeit der Böden
 - Reduktion der Flächenumwandlung (30 ha/Tag bis 2025, Bewegung im Bestand ab 2040)

- Einführung eines Systems handelbarer Flächenlizenzen zur Eindämmung der Flächenumwandlung
- Lenkung des Flächenverbrauchs auf die Innenentwicklung; Reduktion des Bauens im Außenbereich, Flächengewinnung durch Brachflächenmanagement und Altlastensanierung
- Stärkung überörtlicher Kompetenzen in der Landschaftsplanung; Ausweisung von Standorten für Wohn- und Gewerbeentwicklung nur noch auf Grundlage interkommunaler Konzepte.

6. Naturschutz:

Der Naturschutz hat in den vergangenen Jahrzehnten durchaus Erfolge erzielt. Diese Erfolge und Errungenschaften müssen konsolidiert und ausgebaut werden. Das System der Schutzgebiete ist das weiter zu stärkende Rückgrat des Naturschutzes. Strategisches Ziel muss eine Ausweitung naturschützerischer Ziele auf die gesamte Landesfläche sein. Folgende Ziele und Regeln können zu einer umfassenden Renaturierung der Landnutzung beitragen:

- Rechtliche Stärkung der wesentlichen Errungenschaften des Naturschutzes: Landschaftsplanung, Eingriffsregelung, System der Schutzgebiete, Biotopvernetzung, Standards der guten fachlichen Praxis.
- Konsequente Umsetzung der nationalen Biodiversitätsstrategie
- Realisierung eines Biotopverbundes auf mindestens 10 % der Landesfläche; naturschutzfachliche Integration von FFH-Gebieten, Nationalparks, Vogelschutzgebieten und Biotopverbundflächen.
- Konsolidierung und Ausbau des Systems der Schutzgebiete (Ausweisung von neuen Nationalparks zur Entwicklung regionaltypischer Naturlandschaften, weitere Biosphärenreservate als Experimentierräume zur Integration von Schutz und Nutzung, Stärkung des Modells der Naturparke)
- Renaturierung von Gewässern, Seen, Wäldern und Mooren
- Gesetzgebungskompetenz für den Bund, keine Abweichungsrechte für die Bundesländer
- Beibehaltung der Eingriffs- und Ausgleichsregelung, Einschränkung der Möglichkeiten von Kompensationszahlungen, keine Mehrfachbelegung von Ausgleichsflächen
- Anpassung des Schutzgebietssystems an den Klimawandel (Flexibilisierung, Vernetzung)
- Kooperation mit Nachbarländern beim Aufbau grenzüberschreitender Schutzgebietssysteme.

7. Fischerei

Die Meere sind übernutzt, versauernd und überdüngt. Generell gilt es, die negativen Einflüsse menschlicher Nutzungen auf das Meer zu reduzieren.⁴⁷ Die Fischerei muss als drastisches Beispiel nicht nachhaltiger Nutzung angesehen werden. Das System der Fangquoten hat sich nicht bewährt. In Zukunft müssen andere Regelungen wie langfristige Managementpläne dafür sorgen, dass der jährliche politische Kampf um die Quoten entfällt und die Fischer längerfristige Planungssicherheit bekommen. Langfristige Nutzungsrechte und Sicherheiten können auch dazu führen, dass die Fischer selektivere Fanggeräte zur Vermeidung des Beifangs einsetzen könnten und Fangmethoden wieder attraktiver werden, die marine Ökosysteme weniger beeinträchtigen. Ein Bewirtschaftungssystem jenseits der Fangquoten, das sich an sicheren biologischen Grenzen orientiert, könnte somit zwei Ziele erreichen: Verbesserung der Fänge bei höheren Beständen und geringere negative Auswirkungen auf die Meeresumwelt. Damit könnte die Fischerei zu einem Beispiel nachhaltiger Nutzung werden. Konkrete Forderungen:

- Sichere biologische Grenzen statt Quotenregelung
- Abbau der Fangkapazitäten der EU-Flotte, insbesondere Spaniens
- Kein weiterer Erwerb von Lizenzen zum Fang vor der Küste Afrikas durch die EU
- Wiederaufbau der gefährdeten Bestände.
- Reduzierung von Beifang; Anlandungspflicht
- Verbot bestimmter Netztypen und Fangtechniken (z.B. Baumkurren)
- Förderung regionaler genossenschaftlicher Lösungen für die Küstenfischerei.

8. Rohstoffimporte und -exporte

Die WTO-Debatten über „*like products*“ haben erbracht, dass Produkte nicht gleich sind, wenn sie unter unterschiedlichen ökologischen und sozialen Bedingungen und Standards, d.h. Produktionsverhältnissen erzeugt worden sind. Dies gilt für Gold, Baumwolle, Thunfisch, Biomasse, Viehfutter, Holz und viele Rohstoffe mehr. Die WTO scheut allerdings die vielen Wertentscheidungen, die bei der Beurteilung solcher Produktionsverhältnisse unvermeidlich werden. Daher weist die WTO diese Entscheidungen den globalen Konsumenten zu. Die Konsumenten verfügen jedoch nicht über die für eine solche Bewertung notwendigen Informationen. Sie sehen primär Produkte, die mit Preisen versehen sind. Produkte sind jedoch wesentlich Resultanten von Produktionsprozessen. Es ist daher eine staatliche Aufgabe, mündige Konsumentinnen umfassend über Produktionsverhältnisse aufzuklären,

⁴⁷ Hierzu auch SRU (2004): *Meeresumweltschutz für Nord- und Ostsee*. Sondergutachten. Baden-Baden: Nomos

damit die sozialen und ökologischen Kosten von Laptop-Bildschirmen, gebleichten Jeans, Goldketten, Baumwollprodukten usw. bewusst werden. Weiterhin haben die Staatsbürgerinnen als global denkende „*eco-citizens*“ das Recht, die staatliche Ordnung dazu zu ermächtigen, ggf. auch Importzölle auf Produkte zu erheben, die bestimmten Standards nicht entsprechen. Dies betrifft unter anderem Holz/Zellstoff, Baumwollprodukte/Textilien, Kaffee/Tee, Viehfutter, Palmöl/Jatrophaöl, Fischerzeugnisse/Garnelen. Die Einnahmen aus den Importzöllen werden dem globalen Fonds für Klimaflüchtlinge und der UNEP zur Verfügung gestellt.

Gleichzeitig reduziert die EU ihre Quecksilberexporte und erlässt ein Verbot von Quecksilberexporten für die Goldgewinnung. Die EU stellt die Förderung von Agrarexporten ein und baut die Fangkapazitäten der EU-Fischereiflotte deutlich ab. Müllexporte außerhalb der EU werden unterbunden. Der Export von gebrauchten Elektronikgeräten wird strenger überwacht, um indirekten Müllexport zu verhindern.